

Liste der «Abwähler» nervt CVP und FDP

Bundesratswahl Parlamentarier fühlen sich angegrangert

Wer hat letzte Woche Blocher auf den Wahlzettel geschrieben und wer nicht? Seit gestern kursiert dazu eine Liste, was im Bundeshaus für Ärger sorgt.

DANIEL FRIEDLI, MATHIAS KÜNG

«Es ist eine absolute Frechheit», erntet sich Corina Eichenberger. Die Aargauer FDP-Nationalrätin musste gestern überrascht lesen, dass sie letzte Woche mitgeholfen habe, Justizminister Christoph Blocher aus dem Amt zu kippen. Denn ihr Name steht auf einer Liste von 50 «Abwählern», welche die «Weltwoche» im Lager von CVP und FDP ausgemacht haben will – darunter überraschenderweise so solide Bürgerliche wie CVP-Nationalrat Markus Zemp, die FDP-Abgeordneten Fritz Schiesser und Marianne Kleiner und eben auch Eichenberger.

«Ich habe meine Stimme Blocher gegeben, wie ich das schon vor und nach der Bundesratswahl offengelegt habe», wies diese sofort alle neuen Spekulationen von sich. Sie anerkenne den Leistungsausweis Blochers und sei der FDP-Parole gefolgt, wonach alle nominierten Bundesräte wiedergewählt würden. Dass die «Weltwoche» dies anders sieht, veranlasste die 53-jährige Anwältin denn auch prompt zu einer Intervention bei Chefredaktor Roger Köppel. Per Mail fragte sie an, wie das Blatt es wagen könne, diese Liste zu drucken – zumal ja niemand mit ihr darüber gesprochen habe. «So wird man absichtlich ins linke Lager gedrängt», klagt die Kollikerin.

Geheime Reaktionen

Eichenberger war indes nicht die Einzige, die sich über die Liste ärgerte, und auch nicht die Einzige, die sich völlig zu Unrecht darauf erwähnt sieht. «Ich habe in beiden Wahlgängen Blocher gewählt», beschwört etwa der Aargauer Zemp, und bezeichnet die Aufstellung darum kurzum als Schweinerei. Die Empörung ging gar so weit, dass CVP und FDP letztlich ihr Spitzenpersonalschefin Brigitte Häberli (TG) intervenierte per E-Mail; selber beteuert sie, «keinen amtierenden Bundesrat abgewählt zu haben». Und namens der FDP,

Die Liste

Die Abwähler

Diese Christdemokraten und Freisinnigen haben Blocher die Stimme nicht gegeben.

CVP

Ivo Bischofberger (AI)
Urs Schwaller (FR)
Theo Maisen (GR)
Anne Seydoux-Christe (JU)
Konrad Graber (LU)
Paul Niederberger (NW)
Eugen David (SG)
Hansruedi Stadler (UR)
Jean-René Fournier (VS)
René Imoberdorf (VS)
Peter Bieri (ZG)
Esther Egger-Wyss (AG)
Markus Zemp (AG)
Kathrin Amacker (BL)
Dominique de Buman (FR)
Thérèse Meyer-Kaelin (FR)
Barthassat (GE)
Thomas (G)

«WELTWOCH» «Schwarze» Liste sorgt für rote Köpfe.

aus der sich 16 Parlamentarier auf der Liste wiederfinden, will sich Fraktionschef Felix Gutzwiller offiziell beschweren. Zemp, der sich nun als Lügner dargestellt sieht, geht noch weiter und möchte eine Gegendarstellung verlangen. Ein Vorhaben, das zumindest nicht chancenlos ist, wie Medienrechtsexperte Georg Gremmelspacher andeutet: «In der Tat wäre zu prüfen, inwieweit das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Nationalräte verletzt wurde.»

Geheim ist geheim

Andere Parlamentarier aus dem Mittelland sind nicht weniger verärgert, obwohl sie nicht falsch platziert wurden. Die beiden CVP-Nationalrätinnen Kathrin Amacker (BL) und Elvira Bader (SO) sagen offen, dass sie Blocher nicht gewählt haben. Keine Stellung beziehen wollen demgegenüber Christine Egerszegi (FDP/AG), Christa Markwalder (FDP/BE), Kurt Fluri (FDP/SO) und Pirmin Bischof (CVP/SO), deren Namen ebenfalls alle auf der Liste erscheinen. «Wem ich die Stimme bei Bundesratswahlen gebe, habe ich noch nie gesagt und sage es auch jetzt nicht», sagt Ständerätin Egerszegi. Und auch Neo-Nationalrat Bischof beruft sich auf das

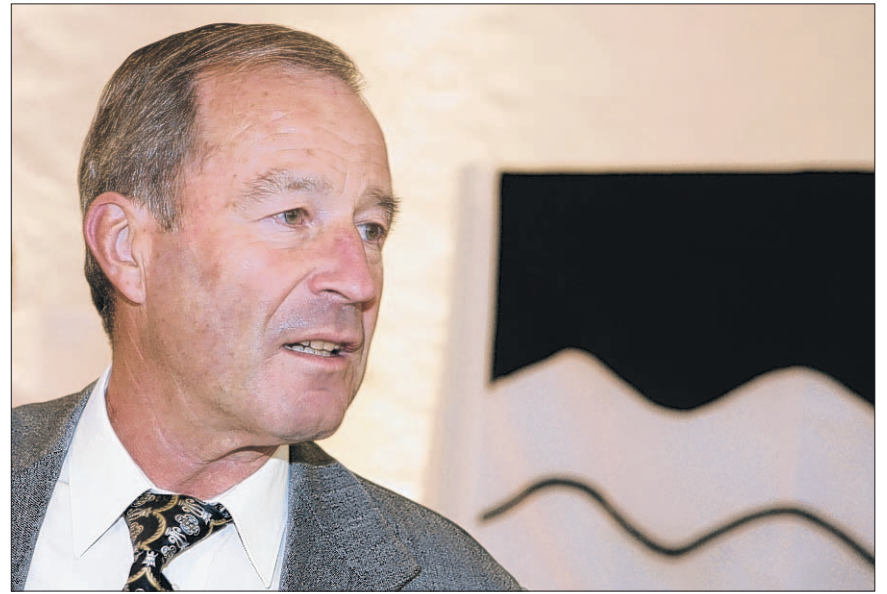
Wahlgeheimnis, um dann mit maliziösem Lächeln anzufügen, dass er sich die Teilnahme an der Feier für die neue Bundesrätin Widmer-Schlumpf gestern nicht habe nehmen lassen.

Wenn auch mehrere Namen auf der Liste nicht stimmen mögen, das grosse Bild dürfte sie einigermaßen treffend wiedergeben. Blocher hat im entscheidenden 2. Wahlgang 115 Stimmen gemacht. Geht man davon aus, dass die SVP ihre damals noch 71 Stimmen geschlossen dem Justizminister zukommen liess (was allerdings von FDP und CVP bezweifelt wird), dann muss dieser noch mindestens 44 Stimmen aus anderen Fraktionen erhalten haben. Da dem Jubel nach bei SP und Grünen niemand Blocher gewählt hat, verteilen sich diese 44 Stimmen auf die Fraktionen der Freisinnigen und von CVP, EVP und Grünliberalen. Diese stellen zusammen 99 Parlamentarier, sodass in erster Annäherung 55 bleiben, die nicht Blocher aufgeschrieben haben. Berücksichtigt man dann noch die 4 leeren und die 2 unbestimmten Zettel, so ist man wieder nahe bei 50.

Wahrheit bleibt verborgen

Doch allen Listen und allem Rechnen zum Trotz: Die endgültige Wahrheit über die Stimmabgabe der Parlamentarier wird nie ans Licht kommen. Selbst wenn alle 246 ihr Wahlverhalten deklarieren würden – ob es stimmt, wüsste trotzdem niemand. CVP-Nationalrätin Kathy Riklin (ZH) vermutet denn auch, dass es bei dieser Liste gar nicht um die Wahrheitsfindung geht. Vielmehr sollten die Parlamentarier durch Verdächtigungen gezwungen werden, sich zu outen, damit später Druck auf sie ausgeübt werden kann.

Vorderhand hat die Publikation indes eine andere Folge: Es wird wieder über die offene Wahl des Bundesrats diskutiert. «Eigentlich solle man die geheime Wahl vergessen», sagt Brigitte Häberli. Denn nach einer Wahl wie dieser herrsche ein Gewirr von Verdächtigungen und Unterstellungen, das nur schädlich sei. Da wäre es vielleicht besser, so Häberli, jeder müsste offen zeigen, wen er wählt: «Als Parlamentarier werden wir ohnehin immer mehr durchleuchtet.»



MAXIMILIAN REIMANN Drängende Fragen zum Bielersee. SUSI BODMER

«Neues Hochwasser kommt bestimmt»

Kopf des Tages Reimann will mehr Bundesengagement

Abflussmengen, wie sie nach den schweren Regenfällen im August 2007 aus dem Bielersee in die Aare flossen, sollen sich nicht wiederholen. Dafür kämpft Maximilian Reimann.

MATHIAS KÜNG

Intensive Regenfälle in der zweiten Augustwoche 2007 – insbesondere in den oberen Einzugsgebieten der Saane und der Aare – führten dazu, dass die Schleusen beim Aare-Abfluss aus dem Bielersee im Kanton Bern voll geöffnet wurden. Die «Murgenthaler Vereinbarung» zwischen den involvierten Kantonen liesse beim Eintritt der Aare in den Kanton Aargau ein maximales Abflussvolumen von 850 Kubikmetern pro Sekunde zu. Tatsächlich wurden damals bei Murgenthal bis 1260 Kubikmeter gemessen. Am 8./9. August kam es zu massiven Überschwemmungen in den weiter unten liegenden Flussregionen bis zur Mündung der Aare in den Rhein.

Der Aargauer Ständerat Maximilian Reimann forderte in der Folge in einer Interpellation: «Was die betroffene Bevölkerung betrifft, möchte ich ab sofort Gewähr haben, dass es wegen unsachbezugsweise unfachgerechter Regulierung des Hochwasserabflusses aus dem Bielersee nicht mehr zu analogen Katastrophen kommen wird oder dass natürliche Hochwasserpegel nicht noch durch fahrlässige Menschenhand am Bielersee intensiviert werden und das Gefahrenpotenzial in die Höhe geschraubt wird.» Deshalb will er dringlichst die Haltung des Bundes, gerade zu allfälligen Sofortmassnahmen, erfahren.

Nicht warten bis zum Frühling

Gestern war seine Interpellation im Ständerat traktandiert. Weil die Sitzung mit Blick auf die Feier für die neue Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf schon um 11 Uhr abgebrochen werden

musste, kam es nicht mehr dazu. Reimann mag aber nicht bis zur Frühlings-session warten, «denn im Frühling ist wieder Schneeschmelze und das nächste Hochwasser kommt bestimmt».

Der Bundesrat verweist in einer vorläufigen Antwort darauf, dass die Bedienung des Wehrs Nidau-Port «für die Regulierung der Wasserstände der drei Jurarandseen und des Aare-Abflusses dem Kanton Bern obliegt». Das von den an der zweiten Juragewässerkorrektion beteiligten Kantonen Waadt, Freiburg, Neuenburg, Bern und Solothurn erarbeitete Reglement dazu sei vom Bundesrat genehmigt. Inwiefern eine unsachgemässe Regulierung des Wasserabflusses «eine Mitursache für die Überschwemmungen unter anderem im Kanton Aargau war», werde im Rahmen der Ereignisanalyse des Hochwassers 2007 geprüft.

Diese vorläufige Antwort vermag Reimann nicht zu befriedigen. Er erinnert an die zum Teil heftigen Überschwemmungen in den Kantonen Aargau und Solothurn, nach seiner Überzeugung «mindestens teilweise mitverursacht durch unsachgemässe Regulierung des Wehrs am Bielersee». Da sich hier die Interessen des Kantons Bern einerseits und der Kantone Solothurn und Aargau andererseits «aus verständlichen Gründen in die Quere kommen», verweist er auf Artikel 44 der Bundesverfassung, wonach der Bund unterstützend eingreifen sollte. Der Bund macht das, Reimann bemängelt aber, dass er noch nicht vom Fleck komme, zumal sich «diese Ereignisse jederzeit wiederholen können».

Inzwischen haben Besprechungen – die jüngste in dieser Woche – zwischen den betroffenen Kantonen inklusive Aargau und dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) stattgefunden. Das Bafu stellt für heute Freitag eine Information in Aussicht, die Antworten auf die drängenden Fragen geben soll.



REUTERS

Graubünden und Calmy-Rey feierten neue Bundesrätin

Eine Woche nach Annahme ihrer Wahl feierte der Kanton Graubünden die neue Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Die SVP-Bundeshausfraktion dagegen boykottierte die Magistratin fast geschlossen. Umso herzlicher in Empfang genommen wurde sie in Felsberg von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey. Im Grusswort der Landesregierung sagte Calmy-Rey, die neue Justizministerin habe mit der Annahme der Wahl einen muti-

gen Entscheid getroffen. Sie sei überzeugt, Widmer-Schlumpf werde ihn nicht bereuen. Die Konkordanz, das Bekenntnis zur Vielfalt und die Achtung vor dem politischen Gegner seien in der Bundespolitik Werte, die über den Parteien stünden. Die Wahl und deren Annahme durch Widmer-Schlumpf hätten für sie eine politische, aber auch eine symbolische Bedeutung, erklärte die Bundespräsidentin. (SDA)

INSERAT

Damit Eltern verstehen, was Kinder sehen.
Fritz + Fränzi. Das Magazin der Stiftung Elternsein.
Abo oder Probeheft unter 0800 814 813 oder www.fritzundfranzi.ch.

Fritz + Fränzi